



Von
Hans Herbert von Arnim, Verfassungsrechtler, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer

JA

Die Direktwahl ist demokratischer. Der Wähler braucht keine möglicherweise ungeliebte Partei mehr in Kauf zu nehmen, um dem favorisierten Spitzenkandidaten zum Amt zu verhelfen. Er gewinnt also an Freiheit. Er wird – anders als bisher – auch nicht mehr völlig ausgeschlossen, wenn eine Partei in der laufenden Wahlperiode – über seinen Kopf hinweg – einen Neuen zum Ministerpräsidenten ausruft, der noch nie an der Spitze einer Wahlliste kandidiert hat. So war es bei Seehofer und auch Beckstein. Das Freie Mandat steht nicht mehr nur auf dem Papier. Die Abgeordneten, die bisher dem faktischen Gefolgschaftszwang gegenüber der Regierung unterliegen, werden davon befreit. Der Landtag wird aufgewertet. Echte Gewaltenteilung wird hergestellt. Bisher muss die Mehrheit des Landtags die von ihr getragene Regierung stützen und gegen die Opposition verteidigen. Nach der Reform tritt der Landtag als Ganzer der

Regierung gegenüber. Dann kann er sie wirksam kontrollieren, die Rechnungshofberichte konsequent auswerten, und Untersuchungsausschüsse können – ohne falsche Rücksicht auf die Regierung – arbeiten. Auch seine Gesetzgebungsfunktion kann der Landtag voll ausüben.

Regierungsmitglieder dürfen dem Parlament aus Gründen der Gewaltenteilung nicht mehr angehören und keine zusätzlichen Diäten beziehen. Das wird ihre Begeisterung für die Reform in Grenzen halten, übrigens auch die des CSU-Fraktionsvorsitzenden, der wie ein Minister mit Abgeordnetenmandat bezahlt wird.

Wenn der Ministerpräsident einer anderen Partei angehört als die Landtagsmehrheit, wird die Politik keineswegs gelähmt. Das sieht man am Beispiel der Städte. Zudem wird der Regierungschef auch Vertreter anderer Parteien ins Kabinett holen und so die Kompromissbereitschaft erhöhen.

Insgesamt bringt die Reform mehr Demokratie und mehr Rechtsstaatlichkeit. Deshalb ist die große Mehrheit der Menschen ja dafür. Gegenwärtig strebende Parteien kann die Reform aber nur mit direkter Demokratie durchgesetzt werden.



Von
Ursula Münch, Politikwissenschaftlerin und Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing

NEIN

Der Vorschlag einer Direktwahl des Regierungschefs wird unter anderem mit positiven Erfahrungen auf kommunaler Ebene begründet. Dass der Freistaat Bayern als einwohnerreiches und leistungsfähiges Land für diese vermeintliche Parallele kein glücklich gewähltes Beispiel ist, erscheint augenfällig. Die Direktwahlbefürworter verweisen außerdem darauf, dass die Länder in ihren Aufgaben überwiegend auf die Ausführung der Bundesgesetze beschränkt seien und eigentlich ohnehin nur eine „anständige Verwaltung“

bräuchten (Ex-Bundeskanzler Schmidt). Schließt man sich dem an, wäre es ehrlicher – wenn auch nicht mit dem Grundgesetz vereinbar –, die Länder gleich zu nachgeordneten Verwaltungseinheiten zu degradieren.

Noch weniger überzeugt der Verweis auf angebli-

che Vorteile des präsidentiellen Systems der USA. Bürger, die sich über die Auswüchse einer Parteidemokratie ärgern, sind beeindruckt, wenn sie über das US-amerikanische System erfahren, dass die Parteien dort unter anderem deshalb keine gewichtige Position innehaben, weil der US-Präsident weder mit Blick auf seine Wahl noch auf sein politisches Überleben auf die Mehrheit im Parlament angewiesen ist.

Aber: Diese Unabhängigkeit des Präsidenten mit Blick auf seine Amtszeit ist das eine. Das andere ist der Umstand, dass er ohne die politische Unterstützung durch eine Mehrheit der Parlamentarier keine Politik gestalten kann. Diesen Rückhalt zu erlangen, ist häufig sehr schwierig – nicht nur bei einer gegenläufigen Mehrheit im Parlament. Aushandlungsprozesse werden notwendig. Diese sind so mühsam und teuer, dass die Amerikaner mehr als einen Begriff kennen, um den häufigen Stillstand in der Politik zu umschreiben. Wer ein ständiges sich ineinander Verhaken von Landtag und Ministerpräsident für einen Gewinn an demokratischer Qualität hält, möge sich für die Direktwahl entscheiden. Den anderen rate ich dazu, das bisherige System wertzuschätzen.



Stimmen Sie ab unter
www.bsz.de/#vote